



Abschlussbericht der Evaluation des Aktionsplans zur Einbeziehung ausländischer Roma

Übersicht über die im Rahmen der Evaluation des Aktionsplans Roma zwischen
01.01.2018 und 31.12.2019 erfolgten Tätigkeiten durch Minor Wissenschaft
Gesellschaft mbH

Stand: 03.12.2019

Inhaltsverzeichnis

1. Erste Phase der Evaluation: 01.01.2018 bis 30.06.2018.....	3
2. Zweite Phase der Evaluation: 01.07.2018 bis 31.12.2018.....	3
3. Dritte Phase der Evaluation: 01.07.2018 bis 31.12.2019	4
4. Vierte Phase der Evaluation: 01.01.2019 bis 31.07.2019	4
5. Fünfte Phase der Evaluation: 01.04.2019 bis 30.11.2019	4
6. Abschlussphase: 01.08.2019 bis 31.12.2019	5
7. Zusammenfassung	5
Kontakt	12

1. Erste Phase der Evaluation: 01.01.2018 bis 30.06.2018

Die erste Phase der Evaluation beinhaltete eine Auswertung und kritische Analyse der vorhandenen Dokumente, die seit der Entstehung der Berliner Strategie zur Einbeziehung ausländischer Roma im Jahr 2012 entstanden sind. Im Rahmen des Auswertungsprozesses entstand auch ein Überblick der Maßnahmen und ihrer Zielgruppen.

Mit dem Working Paper I der Evaluation liegt seit Juni 2018 mit dem Titel „Genese und Bestandsaufnahme: Der Berliner Aktionsplan zur Einbeziehung ausländischer Roma“ eine Bestandsaufnahme und Auswertung von Minor – Wissenschaft Gesellschaft vor, die auf der Grundlage der Umsetzungsberichte der Jahre 2015 und 2017, des Projektmonitorings aus dem Jahr 2015 und der Stellungnahmen und Empfehlungen von Trägerorganisationen und Verwaltungen beruht. Die im Working Paper I enthaltenen Weiterentwicklungsansätze sind Empfehlungen aus den genannten Dokumenten und spiegeln nicht die Einschätzungen von Minor-Wissenschaft wider.

Das Working Paper I findet sich in der Anlage und ist unter folgendem Link herunterzuladen:
https://minor-wissenschaft.de/wp-content/uploads/2018/09/Minor_Working-Paper-I-Evaluation-Aktionsplan-Roma_2018.pdf

2. Zweite Phase der Evaluation: 01.07.2018 bis 31.12.2018

In der zweiten Phase der Evaluation wurde der Dialogprozess mit allen zentralen Akteurinnen und Akteuren des Aktionsplans Roma, also der Zielgruppe zugewanderter Roma, Organisationen und Multiplikatorinnen bzw. Multiplikatoren der Sinti- und Roma-Community, den Senats- und Bezirksverwaltungen, den Maßnahmeträgern, Stiftungen und weiteren Akteuren aufgenommen. Der Dialogprozess bestand aus vier Fokusgruppengesprächen, vier Dialogforen und sieben Einzelinterviews. Es konnten Gespräche und Interviews mit insgesamt 26 Personen aus der Zielgruppe durchgeführt werden, die die Angebote aus dem Aktionsplan Roma in Anspruch genommen haben.

In den vier Dialogforen tauschten sich die Akteurinnen und Akteure aus den Verwaltungen und der Trägerschaft zu den Maßnahmen der einzelnen Handlungsfelder des Aktionsplans Roma aus, analysierten den Bedarf und machten Optimierungsvorschläge. An den einzelnen Dialogforen haben jeweils 15 bis 29 Personen aus 19 Trägerorganisationen, vier Senatsverwaltungen und Vertreterinnen und Vertreter aus sieben Berliner Bezirken teilgenommen. Die Ergebnisprotokolle aller Dialogforen wurden den Akteurinnen und Akteuren über eine Dokumentations- und Kommunikationsplattform zum Einsehen und Kommentieren zur Verfügung gestellt. Die Idee, die Kommunikation innerhalb der beteiligten Akteurinnen und Akteure über die Zwischenergebnisse mit der Einrichtung der Plattform konstant aufrecht zu erhalten, war nicht erfolgreich. Die Plattform wurde von den Beteiligten nicht aktiv als zusätzliches Austauschforum neben den Dialogforen genutzt.

Erste Interviews mit einzelnen Mitgliedern der Verwaltungen wurden durchgeführt. Die Ergebnisse aus der gesamten zweiten Evaluationsphase wurden im Working Paper II „Erste Empfehlungen aus dem im Jahr 2018 geführten Dialogprozess der Evaluation“ ausführlich dargestellt und im Januar 2019 veröffentlicht.

Das Working Paper II findet sich in der Anlage und ist unter folgendem Link herunterzuladen:
https://minor-wissenschaft.de/wp-content/uploads/2019/01/Minor_EVAP_Working-Paper-II_2019.pdf

3. Dritte Phase der Evaluation: 01.07.2018 bis 31.12.2019

In der dritten Phase der Evaluation wurden Ansätze und Maßnahmen im Bereich der Integration von zugewanderten Romnja und Roma in sechs ausgewählten Städten in Deutschland und weiteren Ländern der Europäischen Union identifiziert und analysiert: Barcelona, Dortmund, Leeds, Mannheim, Frankfurt am Main sowie Wien stehen für beispielhafte Ansätze oder Maßnahmen, die strukturell oder projektspezifisch etwas angestoßen bzw. verändert haben. Angesichts der Quellenlage ist dabei eine Beurteilung, inwieweit die Ansätze tatsächlich zur Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe der Zielgruppe beigetragen haben bzw. beitragen, kaum möglich bzw. es ist Zurückhaltung gegenüber der Interpretation der Ergebnisse geboten. Das dazu im Juli 2019 veröffentlichte Working Paper III mit dem Titel „Erfahrungen und Strategien europäischer Städte zur Einbeziehung von Roma-Communities“ soll Anregungen und Denkanstöße für die Weiterentwicklung des Aktionsplans Roma und der Berliner Praxis liefern.

Das Working Paper III findet sich in der Anlage und ist unter folgendem Link herunterzuladen:
https://minor-wissenschaft.de/wp-content/uploads/2019/07/Minor_EVAP_Working-Paper-III_2019.pdf

4. Vierte Phase der Evaluation: 01.01.2019 bis 31.07.2019

Die vierte Evaluationsphase beinhaltet eine zweite Dialogphase, die auf den Ergebnissen der ersten Dialogphase aufbaut und diese weiterentwickelt. Dafür wurden zwei weitere Dialogforen einberufen, fünf Gruppeninterviews mit Maßnahmeträgern, sechs Einzelinterviews mit wichtigen Berliner Akteurinnen und Akteuren und der Workshop der AG Lenkungsgruppe durchgeführt. In den Dialogforen 2019 wurden die Empfehlungen aus den Dialogforen des Vorjahres vertieft und priorisiert. Zu diesem Zweck wurden jeweils zwei Handlungsfelder in je einem Workshop behandelt. An den beiden Dialogforen haben jeweils 24 bis 26 Personen aus insgesamt 19 Trägerorganisationen, vier Senatsverwaltungen und Vertreterinnen und Vertreter aus vier Berliner Bezirken teilgenommen.

Die Erkenntnisse aus den Dialogforen, den Gruppen- und Einzelinterviews und der AG Lenkungsgruppe sind in das Working Paper II „Priorisierte Empfehlungen für eine Weiterentwicklung zum Landesprogramm“ eingeflossen.

Das Working Paper IV findet sich in der Anlage und ist unter folgendem Link herunterzuladen;
https://minor-wissenschaft.de/wp-content/uploads/2019/07/Minor_EVAP_Working-Paper-III_2019.pdf

5. Fünfte Phase der Evaluation: 01.04.2019 bis 30.11.2019

In der fünften Phase der Evaluation lag der Fokus auf die Erarbeitung von Gute-Praxis-Beispielen für die Einbeziehung ausländischer Roma und zur Bekämpfung von Antiziganismus in Berlin. Dazu wurden acht Projekte ausgewählt und dargestellt, die während der partizipativen Evaluation empfohlen

wurden und/oder einen bestimmten zentralen Bedarf für die Zielgruppe und die Mehrheitsgesellschaft decken. Diese wurden als Working Paper V und als Print-Broschüre unter dem Titel „Berliner Praxisbeispiele zur Einbeziehung ausländischer Roma und zur Bekämpfung von Antiziganismus“ veröffentlicht.

Das Working Paper V findet sich in der Anlage und ist unter folgendem Link herunterzuladen: https://minor-wissenschaft.de/wp-content/uploads/2019/12/Minor_EvAP_Berliner-Praxisbeispiele-zur-Einbeziehung-ausl%C3%A4ndischer-Roma-und-zur-Bek%C3%A4mpfung-von-Antiziganismus_2019.pdf

6. Abschlussphase: 01.08.2019 bis 31.12.2019

Die Abschlussphase bestand in der Vorbereitung und Durchführung einer Fachtagung mit dem Titel „Vom Aktionsplan zum Landesprogramm. Die Weiterentwicklung des Aktionsplans zur Einbeziehung ausländischer Roma in Berlin“, in der die Ergebnisse der Evaluation präsentiert wurden. Sie fand am 24. Oktober 2019, von 16 Uhr bis 19 Uhr in der Landeszentrale für politische Bildung statt. Die Fachtagung wurde mit Grußworten der Beauftragten des Berliner Senats für Integration und Migration, Katarina Niewiedzial, und Herrn Reinhard Fischer von der Landeszentrale für politische Bildung eröffnet. Herr Prof. Dr. Hristo Kyuchukov deckte in seinem Vortrag das Thema Antiziganismus in Bildung und Formen der Bekämpfung ab. Anne Oswald und Medina Maksuti von Minor - Wissenschaft Gesellschaft stellten die Ergebnisse der Evaluation vor. Abschließend wurden in einer Podiumsdiskussion die Ergebnisse der Evaluation zum Thema Bekämpfung von Antiziganismus in Berlin aufgenommen und von der Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Elke Breitenbach, Emran Elmazi (Projektleitung Bildungsforum gegen Antiziganismus), Georgi Ivanov (Amaro Foro, Koordination der Anlaufstelle "Nevo Drom"), Anna Hanf, (Projektleitung Nostel), und Sabina Salimovska (Schulmediatorin, RAA Berlin) diskutiert. Die Moderation der Podiumsdiskussion hat Christoph Leucht (Hildegard Lagrenne Stiftung) übernommen. Die Veranstaltung wurde über die Webseite von Minor und die Webseite der Landeszentrale für politische Bildung öffentlich gemacht. Insgesamt nahmen 71 Personen an der Veranstaltung teil.

7. Zusammenfassung der Ergebnisse des Evaluationsprozesses

Die folgende Zusammenfassung der Ergebnisse des zweijährigen partizipativen Evaluationsprozesses, die für die Berliner Weiterentwicklung von Interesse sind, sind im Working Paper IV „Priorisierte Empfehlungen für eine Weiterentwicklung zum Landesprogramm“ ausführlich dargestellt. An dieser Stelle handelt es sich an erster Stelle um eine Auflistung der zentralen Empfehlungen auf struktureller Ebene, nach Handlungsfeld sowie auf Maßnahmenebene.

Bedeutsam für die Ergebnisse sind die thematisch gesetzten Schwerpunkte bzw. aufgezeigten Problemfelder des entstandenen Dialogprozesses zwischen Trägerschaft, Roma-Organisationen, Roma-Aktivist*innen und Verwaltung. Obwohl der Dialogprozess nach den vier Handlungsfeldern strukturiert war, wurde in allen Foren, Einzelinterviews, Gruppengesprächen immer wieder die Dringlichkeit einer

strukturellen Weiterentwicklung betont. Dabei wurden vier zentrale Herausforderungen wie auch Forderungen deutlich:

- Die Entwicklung eines Landesprogramm, das die Verstetigung von bewährten und weiterhin notwendigen Maßnahmen für die Zielgruppe sichert und andererseits die Herausnahme bestimmter Maßnahmen vorsieht, die sich grundsätzlich an alle Menschen mit bestimmten Bedarfen richten, um einer Ethnisierung von sozialen Problemen entgegenzuwirken
- Die Ausrichtung auf Antiziganismus verstärken, um einen klaren Fokus für das zukünftige Landesprogramm zu bieten.
- Die Berücksichtigung der rechtlichen Situation, dass de facto keine Leistungen nach dem SGB XII als Auffangnetz für EU-Zugewanderte zur Verfügung stehen. Es braucht „ein soziales Netz unterhalb des sozialen Netzes“ – zumindest für die Not- und Härtefälle und für Familien mit Kindern.
- Das Vorantreiben der rechtlichen Grundlagen und der politischen Teilhabe der Zielgruppe zur Bekämpfung von Antiziganismus als Querschnittsaufgabe im Land Berlin

A. Strukturelle Optimierung und Weiterentwicklung

Vom Aktionsplan zum Landesprogramm

Um eine Verstetigung und konzeptionelle Weiterentwicklung zu erreichen, sollte die Strategie und der Aktionsplan zur Einbeziehung ausländischer Roma in einem Landesprogramm weiterentwickelt werden (Federführung: Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales; Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration).

Die Gleichzeitigkeit von positiven Maßnahmen und zielgruppenübergreifenden Maßnahmen

Empfohlen wird eine Strategie, die zielgruppenspezifische (positive) Maßnahmen und zielgruppenübergreifende Maßnahmen als Querschnittsansatz verbindet. Beide Ansätze können sich in der zukünftigen Weiterentwicklung des Aktionsplans wiederfinden.

Aus langfristiger Perspektive sollte der zielgruppenspezifische Ansatz schrittweise von einem themen- und aufgabenzentrierten Ansatz abgelöst werden, um Erfahrungen, Kompetenzen und Kooperationen, die bereits für andere Zielgruppen, wie u. a. für Geflüchtete oder zweite und dritte Einwanderungsgenerationen vorliegen, zusammenzuführen und zu optimieren.

Neue Fokussierung im zukünftigen Landesprogramm auf die Bekämpfung von Antiziganismus

In Bezug auf das Themenfeld Bekämpfung von Antiziganismus werden zukünftig drei Ansätze empfohlen, die entweder stärker ausgebaut oder neu umgesetzt werden sollen:

Verankerung der Bekämpfung von Antiziganismus als Querschnittsaufgabe in den Verwaltungen unter Einbezug der Träger

- Systematische Erfassung der Vorfälle von antiziganistischen Vorfällen, die mit einer Stärkung der Beratung der Opfer von Diskriminierung einhergehen sollte
- Angebot und die Durchführung von Sensibilisierungsmaßnahmen (Antiziganismustrainings) und Fortbildungen innerhalb der Regelsysteme sowie in den Beratungs- und Bildungseinrichtungen

Stärkung der Roma-Teilhabe, Community Building und Empowerment

- Entwicklung und Umsetzung von Ausbildungen für Jugendliche, aber auch Erwachsene, aus der Roma-Community zur Befähigung für die Arbeit in Kitas, Schulen, Jugendamt und Verwaltung
- Stärkung von zielgerichteten Maßnahmen des Empowerments insbesondere für Roma-Jugendliche
- Einrichtung eines Roma-Zentrums oder Hauses als Ort der Community bzw. der Communities, als Familien-, Jugend-, und Begegnungszentrum sowie als Kulturort
- Strukturelle Förderung der Vernetzung von Roma-Selbstorganisationen

Forschung und Wissenstransfer über die Geschichte und Kultur der Menschen mit Roma-Hintergrund und ihrer Menschenrechtslage sowie zu Antiziganismus

- Forschung und Informationsvermittlung über die Geschichte und Kultur der Menschen mit Roma-Hintergrund und ihrer Menschenrechtslage sowie zu Antiziganismus
- Workshops über Roma-Kultur(en) und Roma-Geschichte ausbauen:
- Aufnahme der Geschichte und Kultur der Menschen mit Roma-Hintergrund und ihrer Menschenrechtslage sowie zu Antiziganismus in den Berliner Lehrplänen
- Publikumswirksame Maßnahmen umsetzen, wie u. a. eine öffentliche Kampagne zur Bekämpfung von Antiziganismus mit einer klaren Positionierung Berlins in der Öffentlichkeit
- Angebote der historisch-politisch-kulturellen Bildungsarbeit auch für die Erwachsenenbildung und die breite Öffentlichkeit unter Einbezug von sozialen Netzwerken und digitale Medien

Zusammenarbeit zwischen Regeldiensten und Trägern weiter stärken

Von besonderer Wichtigkeit wird weiterhin die Öffnung der Regeldienste für die Zielgruppe durch eine engere Zusammenarbeit mit den beteiligten Trägern gesehen. Dabei ist 1. die Einrichtung von festen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern bei den Regeldiensten, 2. die Vernetzung der beteiligten Bezirke mit dem Ziel einer Vereinheitlichung von Prozessen, 3. regelmäßige, verbindliche Austauschrunden zwischen Regeldiensten und Trägern und 4. die Gewährleistung des Wissenstransfer der bestehenden Angebote aus allen Handlungsfeldern für Träger und Verwaltungen.

Professionalisierung innerhalb der Träger und Verwaltung und Einführung von Beratungsstandards

Die kontinuierliche Professionalisierung sollte im Bereich der Verwaltung sowie bei den Trägern sollte vorangebracht werden. Der Bedarf an fortlaufenden, aktualisierten Kenntnissen im Bereich des EU Freizügigkeitsrechts und Aufenthaltsrechts für Bürger aus Drittstaaten sowie der rechtlichen Grundlagen im Umgang mit Diskriminierung wurde betont.

Neue Handlungsfelder aufbauen und bestehende Handlungsfelder stärken

Aus kurz- und mittelfristiger Perspektive wird eine explizite Förderung von ausländischen Roma-Familien und ihre Kinder in folgenden Handlungsfeldern empfohlen.

Frühkindliche Erziehung, vorschulische Bildung und Übergang von der Kita in die Schule

Übergang von der Schule in Ausbildung und Arbeitsmarktintegration

Genderspezifische Themen und Maßnahmen weiter ausbauen

Ein genderspezifischer Ansatz sollte im zukünftigen Landesprogramm aufgenommen werden, wobei geschlechtsspezifische Projekte für Mädchen und junge Frauen genauso wie für Jungen und junge Männer als notwendig erachtet werden.

Entwicklung einer Berliner Gesamtstrategie der Zuwanderung über ein gesamtstädtisches Einwanderungs- und Integrationsmanagement

Als langfristiges Handlungsszenario sollte eine Einbindung des zukünftigen Landesprogramms in eine zu entwickelnde Berliner Gesamtstrategie der Zuwanderung angedacht werden.

B. Empfehlungen zur Rolle der Lenkungsgruppe

Lenkungsgruppe als Entscheidungsgremium, Verstetigung der AG Lenkungsgruppe und Stärkung der Außenwirkung des zukünftigen Landesprogramms

Die Stärkung der Lenkungsgruppe sollte intern als auch extern über die Verstetigung der AG-Lenkungsgruppe und der Einrichtung von Unterarbeitsgruppen, die zu bestimmten Themenfeldern arbeiten und Empfehlungen für die Lenkungsgruppe ausarbeiten, erfolgen. Empfohlen wird eine Teilnahme von ausgewählten Roma-Vertreterinnen und -Vertretern auf allen Ebenen der Lenkung und Steuerung des zukünftigen Landesprogramms.

Beibehaltung des Berichtssystems und Fortführung des Programmdialogs

Die Evaluation soll in Form des Programmdialogs fortgeführt werden. Dabei handelt es sich um eine Struktur, um Träger und Verwaltungen zusammenzubringen, die an konkreten Punkten arbeiten. Der Programmdialog soll mehrmals jährlich stattfinden.

C. Empfehlungen zum Handlungsfeld 1: Bildung, Jugend und Ausbildungschancen

Herausnahme der Willkommensklassen aus dem Aktionsplan Roma und Einführung der Verbindlichkeit des Leitfadens für Willkommensklassen

Empfohlen wird die Herausnahme der Willkommensklassen aus dem Aktionsplan Roma als eine erste Priorität. Diese Empfehlung basiert auf einer einstimmigen Forderung der teilnehmenden Roma-Organisationen und Träger der ersten und zweiten Dialogphase, die durch die AG Lenkungsgruppe im Februar 2019 bestätigt wurde.

In diesem Zusammenhang sollte der bestehende Leitfaden für die Willkommensklassen rechtlich verbindlich werden. Die aktuelle Lösung als Richtschnur für Berliner Schulen ist unzureichend.

Neuer Fokus auf frühkindliche Erziehung, Übergang zur Schule und der Übergang von Schule ins Erwerbsleben

Gravierende Lücken im Bereich frühkindliche Erziehung, Übergang zur Schule und Übergang von Schule ins Erwerbsleben sollen behoben werden. In allen drei Bereichen wird weiterhin eine Priorität in der spezifischen Unterstützung und engen Begleitung der Kinder und Jugendlichen sowie deren Familien in Form von Sprachmittlung und Kita- und Schulmediation oder weiteren Lotsenprogrammen gesehen, die auf alle Bezirke mit Bedarf ausgeweitet werden sollen

D. Empfehlungen zum Handlungsfeld 2: Gesundheitliche Versorgung und Soziales

Herausnahme aller Maßnahmen der gesundheitlichen Versorgung aus dem Aktionsplan Roma

Erste Priorität in diesem Handlungsfeld hat die Entscheidung, die drei zentralen Maßnahmen dieses Handlungsfelds aus dem Aktionsplan herauszunehmen, um eine direkte Konnotation zwischen Roma-Zugewanderten und bestimmten Problemlagen mit der neuen Ausrichtung des Landesprogramms zu verhindern: 1. die Sicherstellung notwendiger Schutzimpfungen von nicht krankenversicherten Unionsbürgerinnen und -bürgern, 2. der Frauentreff Olga zur psychosozialen und gesundheitlichen

Beratung von Menschen in der Prostitution und 3. das Angebot zur Finanzierung von Geburten nicht krankenversicherter Frauen.

Gesundheitliche Versorgung nichtversicherter Menschen über die Clearingstelle

Eine weitere Priorität liegt in der gesundheitlichen Versorgung von nichtversicherten Menschen, die keinen Anspruch auf Sozialleistungen haben. Die gesundheitliche Versorgung derjenigen, die nicht versichert werden können, soll über eine Clearingstelle organisiert werden.

Ausbau der Sprachmittlung im Gesundheitsbereich

Das Angebot des Gemeindedolmetschdienstes soll weitergeführt werden. Insgesamt wird von den Beteiligten der Dialogphasen der Ausbau der Sprachmittlung im Gesundheitsbereich empfohlen.

E. Empfehlungen zum Handlungsfeld 3: Wohnen und Konflikte im Stadtraum

Strategieentwicklung zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit auf politischer Ebene – außerhalb des Aktionsplans

- Es bedarf eines Orientierungsrahmens, wie mit wohnungslosen EU-Bürgerinnen und Bürgern umgegangen werden soll, die keinen Anspruch auf Sozialleistungen haben. Dabei geht es um den Ausbau der Zusammenarbeit mit den Regeldiensten der Wohnungslosenhilfe.
- Eine weitere Priorität liegt auf der Entwicklung von Strategien gegen Ausbeutungsstrukturen auf dem Wohnungsmarkt. Empfohlen wird eine übergreifende und vernetzte Strategie, um erfolgreich gegen ausbeuterische Strukturen auf dem Wohnungsmarkt vorgehen zu können.

Spezifische Maßnahmen für Roma-Zugewanderte im Handlungsfeld Wohnen ausbauen

- Die vorübergehende Unterbringung und Beratung für einen Übergang in die Regelsysteme sollte ausgebaut werden. Dabei leistet das „Modellprojekt zur Bereitstellung von vorübergehenden Unterkünften für Familien mit Kindern (Nostel)“ einen sehr wichtigen Beitrag.
- Qualifizierte Angebote zur Wohnungssuche für die Zielgruppe sowie Kooperationen mit kommunalen Wohnungsgesellschaften, Genossenschaften und auch privaten Wohnungsgesellschaften sollten ausgebaut werden.

F. Empfehlungen zum Handlungsfeld: Integrationsperspektiven – Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung

Verstetigung und Ausbau von spezifischen Maßnahmen für die Zielgruppe

- Der Erhalt und die Verstetigung der mobilen Anlaufstellen mit einem ganzheitlichen Beratungsansatz und einer niedrigschwelligen aufsuchenden Arbeit (Erstorientierung, Beratung,

Vermittlung und sprachmittelnde Begleitung) ist für die Zugewanderten mit Roma-Hintergrund in Berlin von zentraler Bedeutung.

- Eine weitere Priorität hat die Begleitung und Unterstützung der Familien in den Quartieren durch Kultur- und Sprachmittlerinnen und -mittler im Rahmen des bezirksorientierten Programms, das auf Dauer gestellt werden sollte. Eine Stärkung der Roma-Kinder und Jugendlichen durch Kitamediatorinnen und -mediatoren, Schulmediatorinnen und -mediatoren bzw. Bildungsberaterinnen und -beratern, bestenfalls aus der Roma-Community, soll erreicht werden.
- Empfehlungen zur Stärkung der Selbstorganisation durch Community Building bzw. der Stärkung der Roma-Community in Berlin sollten im neu zu entwickelnden Handlungsfeld „Bekämpfung von Antiziganismus“ angesiedelt sein.

Kontakt

Für Fragen zu diesem Abschlussbericht stehen Ihnen die Verantwortlichen der Evaluation des Aktionsplans Roma gern zur Verfügung:

Dr. Christian Pfeffer-Hoffmann: c.pfeffer@minor-wissenschaft.de

Dr. Anne von Oswald: a.oswald@minor-wissenschaft.de

Medina Maksuti: m.maksuti@minor-wissenschaft.de

Minor – Wissenschaft Gesellschaft

Evaluation des Aktionsplans zur Einbeziehung ausländischer Roma

Alt-Moabit 73

10555 Berlin

Telefon: +49 (0)30 39744227